

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 03.06.2026

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:33 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Stittrich, Ausschussvorsitzender, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, begrüßt die Anwesenden der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung allen Mitgliedern vorab zugegangen sei.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

### Abstimmungsergebnis: 09:00:00

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.04.2026**

**Herr Stittrich, Ausschussvorsitzender**, führt aus, dass er den Antrag stellt, die Genehmigung der Niederschrift zunächst zurückzustellen. Dies begründet er damit, dass es einen Antrag auf Ergänzung der Niederschrift gegeben habe. Er betont, dass die Niederschrift erst nach der Berücksichtigung der Ergänzung in der nächsten Sitzung behandelt werden solle, sofern keine gegenteiligen Meinungen vorlägen.

### Abstimmungsergebnis: 08:00:01

- 4 Einwohnerfragestunde**

**Herr Pieta, Vertreter des Fördervereins Anhaltische Gemäldegalerie und Georgengarten Dessau**, ergreift das Wort und richtet zwei Fragen an den Ausschuss. Zunächst erkundigt er sich nach den konkreten Vorteilen, die die Stadt und der Kulturausschuss in einer nicht vollständigen Zustiftung des Gemäldebestandes an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz sehen. Er führt aus, dass eine Splittung der Sammlung eine ungleiche Behandlung der Kulturgüter nach sich ziehen und zusätzliche fachliche Kompetenzen in der Stadt erfordern würde. Zudem betont er, dass die Sammlung als Einheit eine Grundlage für ihre Erforschung und Vermittlung darstelle. In seiner zweiten Frage möchte Herr Pieta wissen, wie die

---

Stadt plant, die Einheit der Standards bei einer Teilzustiftung zu gewährleisten, und ob die Stadt bei einer vollständigen Zustiftung bereit sei, den Zusammenhalt der Sammlung vertraglich zu sichern.

**Herr OB Dr. Reck** erläutert, dass die Entscheidungsvorlage zu diesem Thema erst in der nächsten Sitzung am 23. Juni vorgelegt werde und er daher nur allgemeine Ausführungen machen könne. Er erklärt, dass der derzeitige Vorschlag vorsehe, den Teil der Sammlung, der mit der Joachim-Ernst-Stiftung in Verbindung stehe, zuzustiften und den übrigen Teil über einen Treuhandvertrag zu regeln. Dieser Ansatz solle es ermöglichen, das Eigentum an der Sammlung nicht sofort vollständig zu übertragen. Fachlich sei eine vollständige Zustiftung vorteilhaft, jedoch gebe es auch politische und vermögentechnische Überlegungen, die berücksichtigt werden müssten. Herr Dr. Reck betont, dass die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz prädestiniert sei, die museumsfachlichen Standards einzuhalten, und dass der Museumsbetrieb der Gemäldegalerie in Dessau weiterhin sichergestellt werde. Er weist darauf hin, dass bei einer Teilzustiftung die finanzielle Verantwortung für den verbleibenden Teil der Sammlung bei der Stadt liege, was zusätzliche Haushaltsmittel erfordere.

**Herr Pieta** fragt nach, warum die Sammlung nicht vollständig an die Kulturstiftung übertragen werde und welche Vorteile die Stadt in einer Teilzustiftung sehe. Er äußert die Ansicht, dass eine vollständige Übertragung die Zuständigkeiten klar regeln und die Kulturstiftung in die Lage versetzen würde, sich umfassend um die Sammlung zu kümmern.

**Herr OB Dr. Reck** erklärt, dass der Ansatz einer Teilzustiftung aus der politischen Diskussion heraus entstanden sei, da es in der Vergangenheit unterschiedliche Auffassungen zur Übertragung des Eigentums gegeben habe. Der Vorschlag, zunächst den Teil der Sammlung, der mit der Joachim-Ernst-Stiftung verbunden sei, zu übertragen und den Rest treuhänderisch zu regeln, solle einen Kompromiss darstellen. Er betont, dass eine Rückfallklausel in den Zustiftungsvertrag aufgenommen werde, um das Eigentum der Stadt im Falle einer Auflösung der Stiftung zu sichern.

**Herr OB Dr. Reck** bietet an, außerhalb der Gremien ein Gespräch mit dem Förderverein und der Kulturverwaltung zu führen, um offene Fragen zu klären.

## **5 Beschlussfassungen**

### **5.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dessau-Roßlau 2040 (INSEK 2040) - Offenlagebeschluss zur Entwurfsfassung Vorlage: BV/087/2026/I-61**

Die Maßnahmenliste im Anhang 1 zum Insek transparenter machen.

Einen zweiten Insek-Bürgerdialog am 29. Juni um 18:00 Uhr im Bauhaus Museum durchführen.

Ein vertiefendes Informations- und Fachgespräch zum Insek für die Stadt- und Ortschaftsräte anbieten.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

## **5.2 Beschluss zur Sanierung der Anhalt Arena** **Vorlage: BV/244/2025/III-65**

**Herr Diederich, Fraktion der AfD**, stellt einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis 2028 eine Machbarkeitsstudie für einen Ersatzneubau, einschließlich von einem Standort- und Finanzierungskonzeptes vorzulegen.

**Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, stellt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD.

„Änderung von 2028 auf das Jahr 2027“

Die Änderungsanträge wurden angenommen und werden unter Punkt 2 in der Beschlussfassung aufgenommen.

**Herr Dr. OB Reck weist darauf hin, dass der Änderungsantrag in allen relevanten Ausschüssen erneut abgestimmt werden müsse.**

**Herr Metzger, SB Hochbau Amt für Gebäudemanagement**, berichtet, dass die Anhalt Arena insbesondere Probleme mit Wassereintritt am Dach aufweise. Er erläutert, dass eine Minimalsanierung des Daches geplant sei, um die Betriebsfähigkeit der Halle für die nächsten zehn Jahre zu gewährleisten. Verschiedene Dachbereiche, darunter das Hallenhauptdach, die Flachdächer und das Dach über der Steiltribüne, seien untersucht worden. Aufgrund statischer Zwänge sei eine umfassende Sanierung nicht möglich, da keine zusätzlichen Gewichte aufgebracht werden könnten. Die Minimalsanierung solle die dringendsten Probleme beheben, wobei klar sei, dass nach zehn Jahren erneut Kosten für das Dach anfallen könnten. Herr Metzger hebt hervor, dass der Investitionsstau an der Halle insgesamt groß sei und langfristig weitere Maßnahmen erforderlich seien, um die Nutzung der Halle sicherzustellen.

**Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, bittet um eine Erläuterung der beiden Sanierungsvarianten und lobt die differenzierte Darstellung der Verwaltung.

**Herr Metzger, SB Hochbau Amt für Gebäudemanagement**, erklärt, dass Variante A eine umfassendere Sanierung darstelle, bei der das Hallenhauptdach mit einer Hinterlüftungsebene ertüchtigt werde. Schäden an anderen Dachbereichen würden

ausgebessert, und die Flachdächer würden regelkonform saniert. Zudem seien Maßnahmen zur Verbesserung der Entwässerung und der Austausch von Be- und Entlüftungsaggregaten vorgesehen. Variante B sei eine abgespeckte Version, bei der auf einige Maßnahmen, wie die Anpassung der Entwässerung und den Austausch der Aggregate, verzichtet werde. Die Flachdächer würden lediglich so saniert, dass das Wasser ablaufen könne und Undichtigkeiten behoben würden.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, stellt fest, dass eine Vollsanierung derzeit finanziell nicht umsetzbar sei. Er fragt, ob die Minimalsanierung als erster Bauabschnitt betrachtet werden könne, der später durch weitere Maßnahmen ergänzt werde. Herr Metzger bestätigt, dass die Minimalsanierung keine zukünftigen Maßnahmen verbauen würde und als Grundlage für eine spätere umfassendere Sanierung dienen könne.

**Herr Diederich von der Fraktion der AfD** führt aus, dass die vorliegende Beschlussvorlage zur Sanierungsvariante B zwar nachvollziehbar sei, jedoch einige Schwächen aufweise. Er hebt hervor, dass die dargestellten Risiken, wie die Entwässerungsproblematik, die ungünstige Geländestruktur, der Investitionsstau und die Brandschutzprobleme, zwar benannt würden, jedoch die langfristigen Kosten und Risiken nicht ausreichend beleuchtet seien. Insbesondere kritisiert er, dass die Folgekosten der Variante B über einen Zeitraum von zehn Jahren sowie der Zeitpunkt und die Kosten einer größeren Dachsanierung nicht klar dargestellt seien. Zudem bemängelt er, dass der Vergleich zwischen Voll- und Minimalsanierung Schwächen in der Betriebskostenargumentation aufweise. Herr Diederich kündigt an, dass die AfD-Fraktion der Variante B zustimmen werde, jedoch unter der Voraussetzung, dass ein Änderungsantrag aufgenommen werde. Dieser sehe vor, den Oberbürgermeister zu beauftragen, bis 2028 eine Machbarkeitsstudie für einen Ersatzneubau einschließlich Standort- und Finanzierungskonzept vorzulegen.

**Herr Herbst von der Fraktion der CDU**, äußert sich kritisch zur Sanierungsvariante B und spricht sich für eine Vollsanierung aus. Er zieht einen Vergleich zu einer Straße, die durch provisorische Maßnahmen immer wieder instandgesetzt werde, und betont, dass eine Minimalsanierung der Halle langfristig nicht ausreichend sei. Er verweist auf die Bedeutung der Halle für den Spielbetrieb, insbesondere für die zweite Bundesliga, und auf mögliche Probleme, die durch Starkregenereignisse entstehen könnten. Herr Herbst betont, dass die Halle für viele Jahre funktionsfähig bleiben müsse, und lehnt die Variante B trotz der Ergänzung durch den Änderungsantrag ab.

**Herr Marahrens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärt, dass seine Fraktion nach Abwägung der Varianten der Sanierungsvariante B zustimmen werde. Allerdings betont er, dass möglichst schnell über einen Ersatzneubau nachgedacht werden solle. Er schlägt vor, sich an der Schwalbe-Arena in Gummersbach zu orientieren und dies als Arbeitsrichtung mitzugeben.

**Herr Weber von der Fraktion der ABV** unterstützt die Variante der Vollsanierung, weist jedoch darauf hin, dass auch diese nicht vor finanziellen Mehrbelastungen schützen werde. Er betont, dass die Halle in einen betriebsfähigen Zustand versetzt werden müsse, und verweist auf die Bedeutung der Brandschutzmängel. Herr Weber erklärt, dass seine Fraktion bereit sei, Fördermittelprogramme für einen Ersatzneubau zu prüfen, jedoch die Vollsanierung als die derzeit bestmögliche Lösung ansehe.

**Herr Hartmann von der Fraktion der SPD** spricht sich für die Sanierungsvariante B aus und sieht diese als ersten Bauabschnitt, dem weitere Schritte folgen müssten. Er betont die historische Bedeutung der Halle, die auf Konstruktionen von Junkers zurückgehe, und die Pflicht, diese zu erhalten. Herr Hartmann schlägt vor, die Sanierung in Etappen durchzuführen, beginnend mit der Dacherneuerung, gefolgt von weiteren Maßnahmen wie der Tiefbausanierung und der Überdachung der Kassenbereiche.

**Herr Diederling von der Fraktion der AfD** bekräftigt abschließend den Änderungsantrag der AfD-Fraktion und betont, dass eine Minimalsanierung nur ein erster Schritt sein könne. Er verweist auf die langfristige Notwendigkeit eines Ersatzneubaus und die Bedeutung einer Machbarkeitsstudie, die Standort- und Finanzierungskonzepte umfassen solle.

### **Aufgaben zu dieser Beschlussvorlage:**

Den Oberbürgermeister zu beauftragen, bis 2028 eine Machbarkeitsstudie für einen Ersatzneubau einschließlich Standort und Finanzierungskonzept vorzulegen.

### **5.3 Junkers Denkmal „Ikarus“ – Versetzung auf das Rondell am Stadteingang Ost Vorlage: FV/003/2026/CDU**

**Herr Herbst, Fraktion der CDU**, erklärt, dass er keine weiteren Ausführungen zu diesem Thema machen möchte. Er führt aus, dass der aktuelle Text der Beschlussvorlage bereits die Punkte enthalte, die in der letzten Beratung des Ausschusses als notwendig erachtet worden seien.

**Herr Herbst von der Fraktion der CDU** weist darauf hin, dass der Verwaltungstext auf den alten Beschlusstext Bezug nimmt und als Prüfauftrag verstanden werden sollte.

In der Diskussion äußern sowohl **Herr Diederling von der AfD**, der die Ablehnung der Vorlage begründet, als auch Herr Hartmann von der SPD, der Bedenken hinsichtlich des vorgeschlagenen Symbols und des Standorts anbringt, wodurch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema stattfindet.

### **Aufgabe:**

Prüfung durch die Verwaltung, ob das Ikarus Denkmal versetzt werden kann auf das Rondell oder auch woanders in der Nähe.

#### **5.4 Umsetzung der Rundbogenhalle auf das Gelände des Technikmuseums „Hugo Junkers“ Vorlage: FV/007/2026/SPD**

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erläutert, dass im Ausschuss bereits ein Konsens über die Umsetzung der Rundbogenhalle bestehe. Er betont, dass die Halle als bauliches Objekt geschützt werden solle und die Möglichkeit eines Rückbaus und Wiederaufbaus gegeben sei. Bevor jedoch mit der Umsetzung begonnen werden könne, seien rechtliche Genehmigungen erforderlich. Zudem müsse ein belastbarer Kostenrahmen ermittelt werden, da derzeit keine konkreten Zahlen vorlägen. Er schlägt vor, dass die Stadt zunächst die Genehmigungsfähigkeit sicherstelle und die notwendigen Vorbereitungen treffe. Dies sei auch notwendig, um Fördermittel des Landes beantragen zu können. Herr Hartmann bringt einen Änderungsantrag ein, der vorsieht, dass die Stadtverwaltung unter dem Vorbehalt einer Landesförderung beauftragt werde, die Voraussetzungen für die Umsetzung der Halle zu schaffen.

**Herr Herbst von der CDU-Fraktion** äußert sich grundsätzlich positiv zur Umsetzung der Rundbogenhalle, schlägt jedoch vor, die Halle an den Förderverein des Technikmuseums zu übertragen. Der Verein solle sich dann eigenständig um Fördermittel bemühen, während die Stadt unterstützend tätig werde. Er kündigt an, sich bei der Beschlussfassung zu enthalten, da er die Verantwortung nicht allein bei der Stadt sehen möchte.

**Herr Diederich von der AfD-Fraktion** erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Er betont jedoch, dass die Machbarkeit, insbesondere die denkmalrechtliche Genehmigungsfähigkeit, geprüft werden müsse. Zudem fordert er einen belastbaren Kostenrahmen und eine Finanzierung durch Fördermittel von Land, Bund oder anderen Stellen. Eine zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts lehnt er ab.

**Herr Weber von der ABV-Fraktion** verweist auf die Bedeutung des Projekts im Kontext des 100-jährigen Jubiläums der Luftfahrtgeschichte und der Verbindung zu Hugo Junkers. Er kritisiert, dass die Stadt sich schwer tue, ein klares Bekenntnis zur Pflege des Erbes von Hugo Junkers abzugeben. Er fordert, dass die Stadt Verantwortung übernehme und die historischen Gegebenheiten bewahre. Er spricht sich für die Unterstützung des Antrags aus und verweist auf eine nachfolgende Beschlussvorlage, die ebenfalls von Bedeutung sei.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, geht auf den Vorschlag von Herrn Herbst ein, die Halle an den Verein zu übertragen. Er äußert Zweifel, ob der Verein die komplexen Anforderungen des Projekts allein bewältigen könne. Er hebt hervor, dass

die Stadt über das notwendige Know-how verfüge und das Vertrauen externer Akteure gewinnen könne. Die Übertragung der Halle an den Verein zur Nutzung sei nach der Umsetzung unbenommen, jedoch solle die Stadt die Verantwortung für den Standortwechsel und die Genehmigungsprozesse übernehmen.

**Herr Dr. Ing. Nothdurft von der AfD-Fraktion** weist darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag bereits eine gesonderte Beschlussfassung über die Finanzierung vorsehe. Er hält daher den Änderungsantrag für nicht zwingend erforderlich, da die Finanzierungsvorbehalte bereits im Antrag berücksichtigt seien.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erläutert abschließend, dass der Änderungsantrag sich auf die Landesförderung für die Vorplanung beziehe, nicht auf die Umsetzung. Er betont, dass die Vorplanung erhebliche Kosten verursachen könne, die durch Fördermittel des Landes gedeckt werden sollten, um die finanzielle Belastung der Kommune zu minimieren.

Aufgaben:

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, gibt eine Änderung des Textes der Fraktionsvorlage im Punkt 2 bekannt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **unter dem Vorbehalt einer Landesförderung**, in einer ersten Stufe die Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit der Translozierung zu prüfen und herzustellen sowie die voraussichtlichen Kosten, Folgekosten und Finanzierungsmöglichkeiten zu ermitteln.

Erst nach Vorlage dieser Grundlagen und einer gesonderten Beschlussfassung über die Finanzierung kann über die Einleitung der zweiten Stufe, der baulichen Umsetzung, entschieden werden.

## **5.5 Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. zur Umsetzung der Rundbogenhalle Vorlage: FV/001/2026/ABV**

**Herr J. U. Weber von der ABV** schlägt vor, den Beschlusstext dahingehend zu ändern, dass die Bereitstellung von Mitteln für die Regenbogenhalle in die Haushaltsdiskussion aufgenommen werde. Er betont, dass derzeit keine belastbaren Zahlen vorlägen, jedoch ohne diese Aufnahme der ursprüngliche Antrag, der eine grundsätzliche Machbarkeitsprüfung vorsieht, keinen Sinn ergebe. Herr Weber verweist auf die Tradition, ähnliche Projekte wie bei der Wasserburg in die Haushaltsdiskussion einzubringen, und plädiert für die Streichung des Betrags von 2,5 Millionen Euro zugunsten der Formulierung „in die Haushaltsdiskussion mit aufzunehmen“.

**Herr Diederich von der Fraktion der AfD** äußert sich ablehnend zu dem Vorschlag. Er erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion keine zusätzliche Belastung des

städtischen Haushalts akzeptabel sei. Er verweist darauf, dass lediglich Förderprogramme auf Landes- oder Bundesebene für die Umsetzung infrage kämen, da die aktuelle Haushaltssituation der Stadt keine weiteren Belastungen zulasse.

**Herr J. U. Weber von der ABV** entgegnet, dass eine 100-prozentige Förderung durch das Land nicht möglich sei. Er hebt hervor, dass der Förderverein Technikmuseum Hugo Junkers bisher keine öffentlichen Fördermittel in Anspruch genommen habe und bei der Rekonstruktion historisch wertvoller technischer Güter hervorragende Arbeit leiste. Er kritisiert, dass sich die Stadt schwer tue, das kulturelle Erbe von Hugo Junkers angemessen zu würdigen, und fordert Unterstützung für das Museum. Er betont, dass ohne finanzielle Beteiligung der Stadt das Vorhaben scheitern werde, selbst wenn Fördermittel berücksichtigt würden.

**Herr Marahrens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** signalisiert Zustimmung zur Aufnahme in die Haushaltsdiskussion, lehnt jedoch einen Vorratsbeschluss ab, der dies ohne vorherige Prüfung des SPD-Beschlussvorschlags festlege. Er fordert, dass die Ergebnisse der Prüfung abgewartet werden sollten, bevor eine Entscheidung getroffen werde.

**Herr J. U. Weber von der ABV** zeigt sich bereit, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Aufnahme in die Haushaltsdiskussion vom Prüfergebnis abhängig gemacht werde. Er betont jedoch, dass es nicht zielführend sei, einen Antrag auf technische Umsetzbarkeit zu stellen, ohne die Bereitschaft zu signalisieren, Mittel im Haushalt bereitzustellen.

**Herr OB Dr. Reck** weist darauf hin, dass der zuvor beschlossene Antrag zunächst umgesetzt werden müsse, was in diesem Jahr aufgrund des damit verbundenen Arbeitsaufwands nicht mehr realistisch sei. Er gibt zu bedenken, dass die Aufnahme in die Haushaltsdiskussion ohne Klärung wesentlicher Punkte wie Förderquote und Investitionskosten nicht mit den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit vereinbar sei. Er warnt vor einer voreiligen Entscheidung, die nicht ausreichend fundiert sei.

**Herr Dr. Ing. Nothdurft von der Fraktion der AfD** äußert, dass die Unterstützung des Projekts „Rundbogenhalle“ grundsätzlich befürwortet werde. Er betont jedoch, dass zunächst die Ergebnisse der Untersuchung der Stadtverwaltung abgewartet werden sollten, bevor über eine mögliche Finanzierung im nächsten Haushalt gesprochen werde. Er bezeichnet es als unangebracht, bereits jetzt einen Beschluss zu fassen, da weder der zeitliche Rahmen der Untersuchung noch deren Ergebnisse bekannt seien. Zudem weist er darauf hin, dass es jedem freistehe, Themen in die Haushaltsdiskussion einzubringen, ohne dass hierfür ein gesonderter Beschluss erforderlich sei.

**Herr J. U. Weber von der Fraktion der ABV** entgegnet, dass ein solcher Ansatz bereits bei der Wasserburg Roßlau erfolgreich umgesetzt worden sei. Er hebt hervor, dass es wichtig sei, gegenüber dem Land ein klares Signal zu senden, dass nicht nur

die Prüfung der Umsetzbarkeit der Rundbogenhalle, sondern auch deren tatsächliche Umsetzung unterstützt werde. Er argumentiert, dass eine bloße Prüfmaßnahme ohne die Bereitschaft, Mittel im Haushalt bereitzustellen, wenig überzeugend sei. Dies könne dazu führen, dass das Land eine Förderung ablehne. Er betont die Notwendigkeit, Stringenz zu zeigen, und kündigt an, trotz der zu erwartenden Ablehnung an dem Vorschlag festzuhalten, um ein klares Zeichen gegenüber dem Förderverein und dem Land zu setzen.

**Herr Hartmann von der Fraktion der SPD** erklärt, dass eine Umsetzung des Projekts im Jahr 2027 nicht realistisch sei. Er weist jedoch darauf hin, dass in der Zwischenzeit vorbereitende Maßnahmen wie Gutachten oder Beauftragungen erforderlich sein könnten, für die möglicherweise Mittel bereitgestellt werden müssten. Er schlägt vor, dies als Protokollnotiz festzuhalten und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Projekt spruchreif werde, entsprechende Mittel im Haushalt vorzusehen. Er sieht keine Notwendigkeit, bereits jetzt eine eigene Haushaltsstelle zu schaffen, sondern plädiert für eine flexible Darstellung im Haushalt.

**Herr Stittrich, der Ausschussvorsitzende**, stellt fest, dass die beiden vorliegenden Anträge inhaltlich gegensätzlich seien. Er verweist auf den bereits beschlossenen Antrag, der vorsieht, dass über die Finanzierung der Umsetzung gesondert abgestimmt werde.

Er bringt **den Änderungsantrag** zur Abstimmung, der vorsieht, die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein Technikmuseum Hugo Junkers Dessau e. V. zur Umsetzung der Rundbogenhalle in die Haushaltsdiskussion 2027 aufzunehmen.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt, die Fraktionsvorlage wird nicht geändert.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die geänderte Vorlage.

## **Abstimmungsergebnis: 01:07:01**

### **Öffentliche Anfragen und Informationen**

**6**

#### **6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

Es werden keine Anfragen und Informationen vorgebracht.

**Herr Stittrich, Ausschussvorsitzender**, stellt die Nichtöffentlichkeit her.

### **9 Schließung der Sitzung**

**Herr Stittrich, Ausschussvorsitzender**, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 18:33 Uhr.

---

Dessau-Roßlau, 26.06.26

---

Thomas Stittrich  
Vorsitzender Ausschuss für Kultur und Sport

Ramona Koch  
Schriftführer